Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft

Herausgegeben von Dr. Arno Mohr

Bisher erschienene Titel:

Barrios, Stefes: Einführung in die Comparative Politics
Bellers, Benner, Gerke: Handbuch der Außenpolitik
Bellers , Frey , Rosenthal: Einführung in die Kommunalpolitik
Bellers, Kipke: Einführung in die Politikwissenschaft
Bellers: Politische Kultur und Außenpolitik im Vergleich
Benz: Der moderne Staat
Bierling: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland
Braun, Fuchs, Lemke, Toens: Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft
Croissant, Kühn: Militär und zivile Politik
Czerwick: Politik als System
Deichmann: Lehrbuch Politikdidaktik
Detjen: Politische Bildung
Detterbeck, Renzsch, Schieren: Föderalismus in Deutschland
Freistein, Leininger: Handbuch Internationale Organisationen
Gabriel, Holtmann: Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland
Glöckler-Fuchs: Institutionalisierung der europäischen Außenpolitik
Gu: Theorien der internationalen Beziehungen
Jäger, Haas, Welz: Regierungssystem der USA
Kempf: Chinas Außenpolitik
Krumm, Noetzel: Das Regierungssystem Großbritanniens
Lehmkuhl: Theorien internationaler Politik
Lemke: Internationale Beziehungen
Lenz, Ruchlak: Kleines Politik-Lexikon
Lietzmann, Bleek: Politikwissenschaft
Llanque: Politische Ideengeschichte – Ein Gewebe politischer Diskurse
Maier, Rattinger: Methoden der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse
Mohr: Grundzüge der Politikwissenschaft
Naßmacher: Politikwissenschaft
Pilz, Ortwein: Das politische System Deutschlands
Rattinger: Einführung in die Politische Soziologie
Reese-Schäfer: Klassiker der politischen Ideengeschichte
Reese-Schäfer: Politisches Denken heute
Reese-Schäfer: Politische Theorie der Gegenwart in fünfzehn Modellen
Riescher, Ruß, Haas: Zweite Kammern
Rupp: Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
Schmid: Verbände – Interessensvermittlung und Interessensorganisation
Schubert, Bandelow: Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0
Schumann: Persönlichkeitsbedingte Einstellungen zu Parteien
Schumann: Repräsentative Umfrage
Schwinger: Angewandte Ethik
Sommer: Institutionelle Verantwortung
Stockmann, Menzel, Nuscheler: Entwicklungspolitik
Tömmel: Das politische System der EU
Waschkuhn: Demokratietheorien
Waschkuhn: Kritischer Rationalismus

Handbuch Internationale Organisationen

Theoretische Grundlagen und Akteure

herausgegeben von
Katja Freistein
Universität Bielefeld
und
Julia Leininger
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

Oldenbourg Verlag München

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© 2012 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Telefon: (089) 45051-0
www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Lektorat: Christiane Engel-Haas/Lea Ruschmeyer
Herstellung: Constanze Müller
Titelbild: thinkstockphotos.de
Einbandgestaltung: hauser lacour
Gesamtherstellung: Grafik + Druck GmbH, München

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

ISBN 978-3-486-58310-6

Inhaltsverzeichnis

I. EINFÜHRENDER TEIL 1

Theoretische Grundlagen zur Analyse internationaler Organisationen 3
Dirk Peters, Katja Freistein und Julia Leininger

II. LEXIKALISCHER TEIL 29

ADB – Asiatische Entwicklungsbank 31
Peter Wolff

AfDB – Afrikanische Entwicklungsbank 38
Kathrin Berensmann

Andengemeinschaft 44
Claudia Zilla

Arabische Liga – Liga der Arabischen Staaten 51
Jens Kutscher

ASEAN – Vereinigung Südostasiatischer Staaten 60
Katja Freistein

AU – Afrikanische Union 69
Julia Leininger

EBRD – Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung 80
Kathrin Berensmann

ECOWAS – Wirtschaftliche Gemeinschaft Westafrikas 85
Christof Hartmann

EU – Europäische Union 94
Sandra Eckert

Europarat 106
Olaf Melzer

FAO – Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen 113
Andrea Liese

IAEO – Internationale Atomenergieorganisation 119
Giorgio Franceschini

IDB – Interamerikanische Entwicklungsbank 128
Milena Breisinger

ILO – Internationale Arbeitsorganisation 135
Andrea Liese und Philip Schleifer

IMF – Internationaler Währungsfond 145
Ulrich Volz
Mercosur – Gemeinsamer Markt des Südens 156
Claudia Zilla
NATO – Nordatlantikpakt-Organisation 165
Matthias Dembinski
OAS – Organisation Amerikanischer Staaten 175
Brigitte Weiffen
OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 184
Kerstin Martens und Gesa Schulze
OHCHR – Amt des VN-Hohen Kommissars für Menschenrechte 192
Benjamin Stachursky
OSZE – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 199
Pamela Jawad
SAARC – Südasiatische Vereinigung für Regionale Kooperation 209
Christian Wagner
SADC – Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika 217
Henning Melber
SCO – Shanghai-Kooperationsorganisation 226
Hans J. Gießmann und Jakob Haardt
UNDP – Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen 233
Julia Leininger und Silke Weinlich
UNEP – Umweltprogramm der Vereinten Nationen 241
Steffen Bauer
VN – Vereinte Nationen 248
Johannes Varwick
Weltbank 261
Rainer Tetzlaff
WHO – Weltgesundheitsorganisation 274
Tine Hanrieder
WTO – Welthandelsorganisation 283
Achim Helmedach

III. ANHANG 297

Abkürzungsverzeichnis 299
Übersicht: Internationale Organisationen und ihre Mitgliedsstaaten 300
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 310

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zahl internationaler Organisationen, 1815-2000 5
Abbildung 2: Definition internationaler Organisationen 8
Abbildung 3: Ausgewählte internationale Organisationen 19
Abbildung 4: Regionale Entwicklungsbanken 37

I. EINFÜHRENDER TEIL

Theoretische Grundlagen zur Analyse internationaler Organisationen

Dirk Peters, Katja Freistein und Julia Leininger

Internationale Organisationen spielen, neben Staaten und nichtstaatlichen Akteuren, eine wichtige Rolle in der internationalen Politik. Schon seit langem sind in der internationalen Politik die zunehmende Formulierung von Regeln und die Einrichtung von zwischenstaatlichen Institutionen und Organisationen zu beobachten. Bei der Analyse dieser internationalen Organisationen und Institutionen, kann die Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB) auf eine Vielzahl institutionalistischer Forschungstraditionen in benachbarten Disziplinen, wie Ökonomie, Völkerrecht oder Soziologie, zurückgreifen. Daraus haben die IB ein differenziertes Instrumentarium entwickelt, mit dem sich die Entstehung, Funktionsweise und Bedeutung sowohl von internationalen Institutionen im Allgemeinen als auch von konkreten internationalen Organisationen, wie sie im Mittelpunkt dieses Handbuchs stehen, analysieren lässt.

Dieses einleitende Kapitel zielt zum einen auf einen theoretischen Überblick der Analyseansätze ab, mit denen internationale Organisationen in den IB untersucht wurden und werden. Zum anderen führt es auf einer empirischen Ebene in den Gegenstand des Handbuchs, internationale Organisationen, ein. Im ersten Abschnitt befassen wir uns dabei mit der Frage, was internationale Organisationen überhaupt sind und welchen Stellenwert sie heute in der internationalen Politik haben. Der zweite Abschnitt beschäftigt sich dann mit den Ansätzen, die in den IB entwickelt wurden, um die Entstehung und Wirkung von internationalen Institutionen im Allgemeinen und von konkreten internationalen Organisationen zu analysieren. Der letzte Abschnitt schließlich leitet zum lexikalisch organisierten Hauptteil dieses Lehr- und Handbuchs über, in dem die Kriterien für die Auswahl der internationalen Organisationen dargestellt werden, mit denen sich die folgenden Kapitel im zweiten Teil des Bandes im Detail befassen. Die alphabetische Reihenfolge in diesem Teil folgt den gängigen Bezeichnungen oder, meist aus dem Englischen abgeleiteten, Abkürzungen der jeweiligen Organisation.

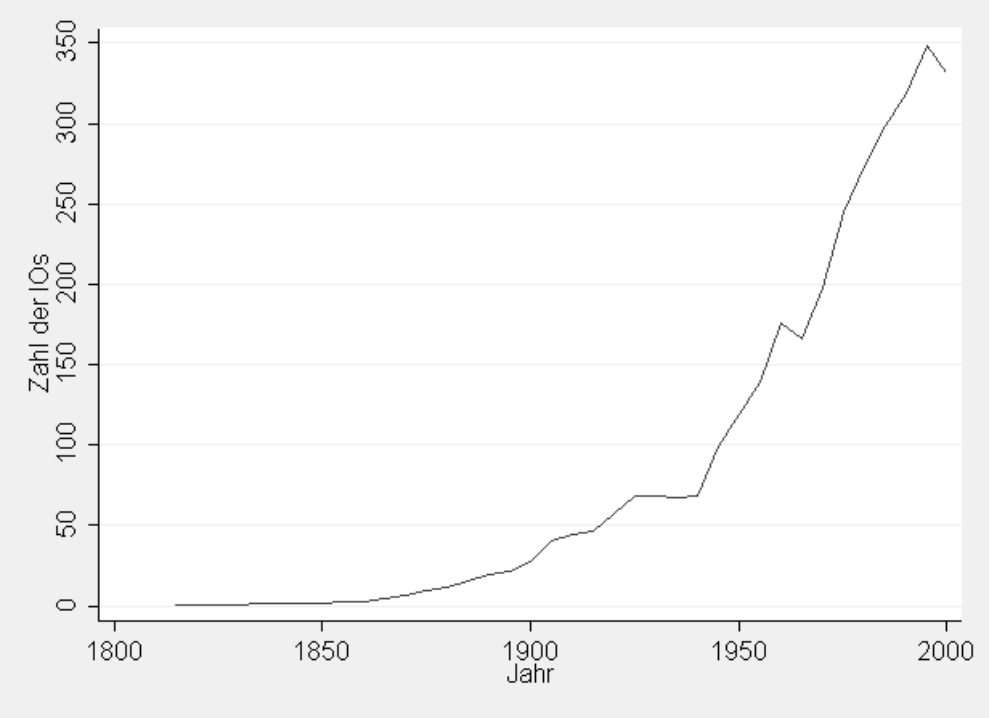
1. Der Stellenwert internationaler Organisationen in der globalen Politik

Internationale Organisationen sind besondere Formen zwischenstaatlicher Kooperation. Allgemein kann eine internationale Organisation definiert werden „als ein auf völkerrechtlichem Vertrag beruhender mitgliedschaftlich strukturierter Zusammenschluss von zwei oder mehreren Völkerrechtssubjekten (meist Staaten), der mit eigenen Organen Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse besorgt“ (Klein/Schmahl 2010: Rn. 12). Die Hoffnung, internationale Politik mit Hilfe solcher Kooperationsformen steuern und verbessern zu können, hat eine lange Tradition. Schon der Attische Seebund aus dem 5. Jahrhundert vor Christus oder die Hanse (ab dem 12. Jahrhundert nach Christus) können als Vorformen internationaler Organisationen angesehen werden. Als Vorläufer heutiger internationaler Organisationen gilt der Wiener Kongress von 1814/1815, aus dem u.a. die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt hervorging, die erste moderne internationale Organisation (Hawdon 1996: 3 f.).

Auch in der Gründung des Völkerbunds (1919-1946) nach Ende des Ersten Weltkriegs drückte sich der Wunsch nach einer Koordinierung zwischenstaatlicher Politik aus. Ziel war in erster Linie die weltweite Friedenssicherung, die durch bindende Selbstverpflichtungen der Staaten zur Zusammenarbeit untereinander erreicht werden sollte. In seinem Mandat wurde dem Völkerbund aufgegeben, die Einhaltung von Friedensverträgen zu überwachen, als vermittelnde Instanz in Konflikten tätig zu werden und ganz allgemein die Kooperation zwischen den Staaten zu fördern (Schlesinger 2003: 22). Bereits im Falle des Völkerbunds, der als eine der ersten großen internationalen Organisationen mit nahezu universellem Geltungsanspruch gesehen werden kann, wurden jedoch die Möglichkeiten und Grenzen internationaler Organisationen offenkundig: Zwar konnte der Völkerbund einige Erfolge in der Beilegung von Krisen und in der Sicherung von Regelbefolgungen seiner Mitglieder verbuchen. Doch letztlich scheiterte er an den sehr verschiedenen Interessen seiner Mitglieder und seiner Unfähigkeit, deren Politik nachhaltig zu beeinflussen. Auch das Fehlen der Vereinigten Staaten (die trotz Woodrow Wilsons herausragender Rolle bei der Gründung des Völkerbunds nie Mitglied geworden waren), die auf Konsens beruhenden Abstimmungsprinzipien und seine eingeschränkten Kompetenzen, durch die sein Handeln immer dem politischen Willen seiner Mitglieder unterworfen war, grenzten die Leistungsfähigkeit des Völkerbunds erheblich. Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs belegte für viele Skeptiker schließlich die Unfähigkeit des Völkerbunds, den dominanten staatlichen Interessen etwas entgegen zu setzen.

Diese Skepsis gegenüber der Reichweite und Leistungsfähigkeit internationaler Organisationen bestimmt einerseits die Politik einiger Staaten bis heute. Andererseits ist die Zahl internationaler Organisationen vor allem seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sprunghaft gestiegen, so dass es heute weit mehr internationale Organisationen als Staaten gibt (vgl. Grafik 1). Während die Zahl internationaler Organisationen zwischen 1920 und 1940 fast konstant bei knapp 70 lag, stieg sie schon 1945 auf 99. 1971 gab es erstmals mehr als 200 internationale Organisationen und bereits 1986 mehr als 300. Dies spricht dafür, dass eine Mehrheit der Staaten erstens einen gemeinsamen Regelungsbedarf für bestimmte politische Probleme

auf internationaler Ebene sieht und zweitens internationale Organisationen nicht mehr grundsätzlich als geeignete Mittel zur Bearbeitung dieser Probleme hinterfragt werden.



Quelle: Correlates of War IGO Dataset V2.1 (Pevehouse et al. 2004), eigene Darstellung.

Abb. 1 Zahl internationaler Organisationen, 1815-2000.

Die heute existierenden internationalen Organisationen lassen sich vor allem in zwei Dimensionen unterscheiden, hinsichtlich ihres Aufgabenbereichs und ihrer Reichweite. Die Aufgabenbereiche von internationalen Organisationen sind vielfältig und folgen den funktionalen Ausdifferenzierungen der internationalen Politik. Sie können Bereiche wie Umwelt, Handel oder Gesundheit umfassen. Daneben lassen sich internationale Organisationen mit einem globalen von solchen mit einem regionalen Tätigkeitsfeld unterscheiden. Die Vereinten Nationen gelten als internationale Organisation mit dem höchsten Anspruch auf ein umfassendes Mandat, insbesondere mit ihrer Vielzahl an hoch spezialisierten Unterorganisationen (→ Vereinte Nationen). Im Rahmen des Bretton-Woods-Systems haben sich mit der Weltbankgruppe und dem Internationalen Währungsfond eine Reihe von Finanzinstitutionen herausgebildet, deren Agenda sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder erweitert hat. Ähnlich spezialisiert sind internationale Sicherheitsorganisationen wie der Nordatlantikpakt (→ NATO) oder die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (→ OSZE), deren Aufgabenbereiche sich seit ihrer Gründung oft stark verändert haben. Eine weitere systematische Gruppe von internationalen Organisationen kann man in den Regionalorgani-

sationen sehen, zu denen die → Europäische Union, die → Afrikanische Union, die → Vereinigung Südostasiatischer Staaten, die → Arabische Liga oder die → Organisation Amerikanischer Staaten zählen. Nahezu alle geographischen Regionen verfügen über Regionalorganisationen mit unterschiedlichem Geltungsbereich und Aufgaben; dies können engere Ziele wie die Einrichtung einer gemeinsamen Freihandelszone sein oder weitreichende Leistungen in Bereichen wie Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte.

Viele der genannten internationalen Organisationen treffen mit ihrer Politik jedoch nicht uneingeschränkt auf Zustimmung bei Staaten, nichtstaatlichen Gruppen oder in der Forschung. Grundlegende Kritik an der Entstehung und Praxis internationaler Organisationen ist etwa im Kontext postkolonialer Theorie geübt worden: die überwiegende Anzahl von internationalen Organisationen sei von den wirtschaftlich starken, kulturell dominanten westlichen Staaten gegründet worden, auch die Tradition der Kooperation – mit Vorstellungen über Effektivität oder Legitimität – spiegele die Machtverhältnisse im internationalen System und werde nicht den Bedürfnissen aller Staaten gerecht. Solche Kritik, die nicht nur in der Forschung geäußert, sondern auch von Vertretern bestimmter Staaten immer wieder vorgebracht wird, macht sich beispielsweise an der Zusammensetzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen fest oder an den Abstimmungsregeln des → Internationalen Währungsfonds. Insbesondere Entwicklungsländer sehen sich kaum repräsentiert und fordern eine umfassende Reform dieser Organisationen (Weinlich 2011). Kritik kommt auch von zivilgesellschaftlichen Akteuren an den Partizipationsmöglichkeiten und Repräsentationsverhältnissen. So wird etwa an der Europäischen Union immer wieder ein Demokratiedefizit moniert (Moravcsik 2002; Kielmannsegg 2003).

In diesem Zusammenhang ist auch die neue Rolle internationaler nichtstaatlicher Organisationen (INGOs) hervorzuheben. Nahezu weltweit und über ganz unterschiedliche Politikfelder hinweg zeigt sich der Trend, zivilgesellschaftliche Vertreter an der Arbeit internationaler Organisationen zu beteiligen. Zum einen werden INGOs als eigenständige Akteure internationaler Politik verstanden. Als solche beteiligten sie sich in unterschiedlichem Maße an der Politikgestaltung zwischenstaatlicher internationaler Organisationen. Sie werden als Vermittler zwischen Organisation und nationalen Gesellschaften herangezogen oder in die Erarbeitung neuer Themenfelder eingebunden, beispielsweise in Regionalorganisationen wie der Europäischen Union oder in themenspezifischen wie der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (→ FAO) (Reimann 2006). Dies hat ihr Gewicht in der internationalen Politik in den letzten Jahrzehnten verstärkt. Zum anderen können INGOs – so wie andere zivilgesellschaftliche Gruppen – durch die Bereitstellung wichtiger (Wissens-)Ressourcen auch den nationalen Interessen von Staaten dienen. Vor allem erhoffen sich letztere gegenüber ihren Gesellschaften einen Legitimationsschub. Gerade im Kontext internationaler Organisationen sehen sie es als Vorteil, auf eigenständige, nicht von Staaten gesteuerte Positionen von (I)NGOs verweisen zu können. Über die nicht selten problematische Rolle von (I)NGOs gibt es eine ganze Reihe von Arbeiten, die hier jedoch nicht eingehend gewürdigt werden können (vgl. z.B. Arts/Noormann/Reinalda 2001).

Die Überlegungen, wie legitim es ist, im Rahmen intergouvernementaler Organisationen politische Regelungen zu treffen, weisen auf eine dynamische Debatte über internationale Organisation hin – fort von einem Fokus nur auf deren mögliche Leistungen, hin zu Fragen

(demokratischer) Legitimierung und Repräsentation gesellschaftlicher Interessen (Nanz/Steffek 2004). Doch sind auch diese Fragen nicht entkoppelt von den Bemühungen um Effektivität internationalen Regierens: Von legitimierenden Verfahren erwarten sich Beobachter (und Praktiker) internationaler Organisationen auch bessere Ergebnisse institutioneller Politik (kritisch: Jaeger 2007). Denn der wichtigste Maßstab, den Erfolg von IOs zu messen, bleiben ihre jeweiligen Beiträge zu den Politikfeldern, in denen sie tätig sind.

Wie man diese Erfolge jedoch beurteilt, was als zentrale Aufgabe von internationalen Organisationen gesehen wird und welche Grenzen ihrer Politik identifiziert werden, ist abhängig von der theoretischen Perspektive, die man als Beobachter einnimmt.

2. Theorien internationaler Organisationen

Im Folgenden wollen wir daher einige der wichtigsten theoretischen Ansätze für die Analyse internationaler Organisationen darstellen. Wir folgen dabei den Grundlinien der großen Debatten und Schulen in den IB und beziehen solche Überlegungen aus den benachbarten Disziplinen ein, die in der IB-Literatur rezipiert wurden. Dabei können wir natürlich keinen Anspruch auf eine vollständige Würdigung der Forschung zu internationalen Organisationen erheben. Vielmehr wollen wir die zentralen Fragen und die grundlegend unterschiedlichen Blickwinkel auf internationale Organisationen, die sich in der IB-Forschung entwickelt haben, darstellen. Verweise auf weiterführende Literatur und illustrative Beispiele sollen dazu dienen, den Einstieg in die Beschäftigung mit internationalen Organisationen auch aus theoretischer Sicht zu erleichtern.

Als wichtigste Funktionen internationaler Organisationen werden oft *agenda-setting*, Normsetzung und Sozialisation, Regulierung, die Überwachung von Regeleinhaltung (*monitoring*) oder die Bereitstellung und Verbreitung von Informationen genannt (zum Überblick: Simmons/Martin 1997), überdies können internationale Organisationen Kooperation fördern und zur Befolgung von Normen beitragen (Barnett/Finnemore 2004). Der erwartete Beitrag internationaler Organisationen ist jedoch bereits Teil der theoretischen Annahmen, mit denen die Politik von IOs analysiert wird. Wir diskutieren im Folgenden einige zentrale Ansätze zur Analyse internationaler Organisationen. Wir folgen dabei der in der Literatur weitgehend gängigen Unterscheidung zwischen rationalistischen (einschließlich historischen) und interpretativen bzw. soziologischen (einschließlich sozialkonstruktivistischen und diskursiven) Perspektiven auf Organisationen (mehr dazu: Rittberger/Zangl 2003).

Definition internationaler Organisationen

In der IB-Forschung hat sich keine durchweg gebräuchliche Definition von internationalen Organisationen entwickelt. Insbesondere das Verhältnis zwischen internationalen Organisationen und internationalen Institutionen wird begrifflich nicht immer klar gefasst. Wir schließen uns dem am weitesten verbreiteten Sprachgebrauch an, nach dem internationale Organisationen eine besondere Form internationaler Institutionen sind. Institutionen sind, Douglass North folgend, Spielregeln in der Gesellschaft bzw. die von Menschen erdachten Beschränkungen menschlicher Interaktion (North 1990: 3). Ähnlich definiert Robert Keohane (1989: 3 f.) internationale Institutionen als beständige Mengen von (formalen und informellen) Regeln, die Verhaltensmuster vorschreiben, Handeln beschränken und Erwartungen formen. Dabei unterscheidet Keohane drei Formen internationaler Institutionen: (1) Ungeschriebene Regeln (d.h. soziale Konventionen); (2) zumindest teilweise explizite Regelsysteme, auf die sich Staaten einigen, um ein Politikfeld zu regulieren (Regime); und (3) schließlich internationale Organisationen. Sie sind die am stärksten formalisierte Form von Institutionen und verfügen über eine eigene Organisationsstruktur, d.h. zum Beispiel über ein Budget und eine Bürokratie, durch die sie auch als Akteur in der internationalen Politik auftreten können. In der Regel wurden sie von Regierungen (oder anderen internationalen Organisationen) gegründet und haben Staaten als ihre Mitglieder; daher wird auch von *intergouvernementalen*, also zwischenstaatlichen Organisationen (IGOs) gesprochen. Organisationen, in denen Mitgliedsstaaten Teile ihrer Souveränität an gemeinsame Institutionen abtreten, werden als supranational oder auch überstaatlich bezeichnet. Sie verfügen über eine eigenständige Rechtsordnung, die in bestimmten Politikbereichen Vorrang über nationales Recht der Mitgliedsstaaten hat. Die derzeit einzige supranationale Organisation im engen Sinne ist die Europäische Union.

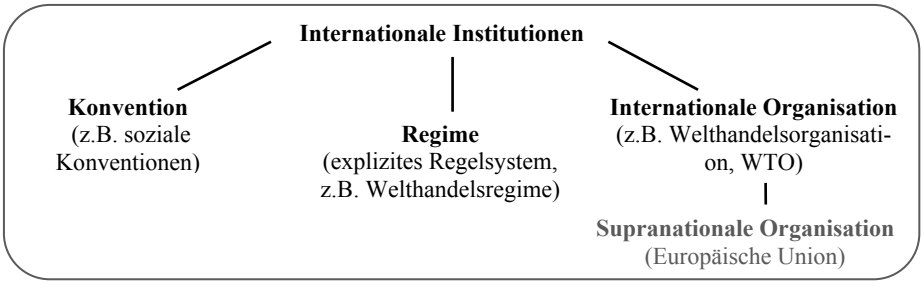


Abb. 2 : Definition internationaler Organisationen.

2.1 Rationalistische Ansätze

Im Mittelpunkt rationalistischer Analysen steht die Frage, wie internationale Organisationen das Kosten-Nutzen-Kalkül betroffener Akteure, d.h. vor allem ihrer Mitgliedsstaaten, beeinflussen. Dabei entwickelten sich drei grundlegende Sichtweisen. Eine erste Gruppe von AutorInnen gesteht internationalen Organisationen keine wirklich eigenständige Bedeutung in den internationalen Beziehungen zu und sieht sie vollständig abhängig von den Interessen mächtiger Staaten. Eine zweite Gruppe von Arbeiten teilt zwar die Auffassung, dass Organisationen im Wesentlichen strategische Instrumente von Staaten sind, nimmt aber an, dass sie zum Erreichen gemeinsamer Ziele der Staaten dienen können und dabei für ihre Wirksamkeit

nicht notwendig auf einen starken Führungsstaat angewiesen sind. Drittens schließlich werden internationale Organisationen als teils autonome Akteure der internationalen Politik gesehen, deren Wirkung sich nicht vollständig auf die Interessenkonstellation unter ihren Mitgliedsstaaten zurückführen lässt.

Realistische Ansätze

Die erste Auffassung, dass internationale Organisationen allenfalls als Instrumente mächtiger Staaten Bedeutung gewinnen können, ist eng mit der realistischen Denkschule der Internationalen Beziehungen verbunden. In seiner stärksten Lesart billigt der Realismus internationalen Organisationen keine eigenständige Bedeutung für die internationale Politik zu. Angesichts der ständigen Unsicherheit im anarchischen internationalen System sind alle Staaten darauf bedacht, keine festen institutionellen Bindungen mit anderen Staaten einzugehen und nur zusammenzuarbeiten, solange sie sicher sind, dass ihre Kooperationspartner sich dadurch ihnen gegenüber keinen Vorteil verschaffen können. Kooperation zwischen Staaten kann daher immer nur kurzfristig stattfinden und Institutionen haben keine dauerhaft bindende Wirkung (z.B. Mearsheimer 1994/95).

Etwas weniger strikt fallen die Erwartungen der ebenfalls realistisch inspirierten Theorie hegemonialer Stabilität aus, die argumentiert, dass immerhin manche Institutionen und Organisationen zumindest für eine gewisse Zeit einen stabilen Rahmen für zwischenstaatliche Kooperation bieten können, nämlich dann wenn sie im Interesse mächtiger Staaten sind und von diesen gestützt werden. Diese Sichtweise hat ihren Ursprung in Ansätzen der Internationalen Beziehungen, die wesentliche Muster der internationalen Politik (zum Beispiel den Wechsel von Friedens- und Kriegsphasen) mit dem Aufstieg, der Vorherrschaft und dem Fall von hegemonialen Staaten erklären (z.B. Organski 1958; Gilpin 1981; Modelski 1987). Für die Übertragung dieser Argumente auf internationale Organisationen machten Charles Kindlebergers Studien zum internationalen Währungssystem Schule. Er argumentierte, dass die internationale Organisation des Währungssystems eine starke Führungsmacht voraussetze, die in der Lage und willens sei, die Infrastruktur für ein solches System bereitzustellen und zu stützen. Zwischen den Weltkriegen fehlte ein solcher starker Staat und folglich auch die institutionelle Basis für ein stabiles Weltwährungssystem (Kindleberger 1988). Nach dem Zweiten Weltkrieg hätten die USA die nötige Stärke besessen und die Lasten für die Errichtung des Bretton-Woods-Systems getragen (Kindleberger 1986). Das sei einerseits für den Hegemon selbst lohnend gewesen, weil die USA durch die Stabilisierung des Weltwährungssystems weitaus erfolgreicher Handel betreiben konnten und die so erzielten Gewinne die Kosten der Aufrechterhaltung des Systems überstiegen. Auch die übrigen Staaten steigerten ihren Nutzen, da sie vom stabilen Währungssystem profitieren konnten, ohne proportional an den Kosten beteiligt zu sein. In dieser Sichtweise kommt internationalen Organisationen durchaus eine wichtige Bedeutung für die internationale Politik zu, denn ohne ihre Existenz wäre das für alle Seiten profitable System nicht zu verwirklichen. Der Hegemon braucht die internationale Organisation, um seine Ziele erreichen zu können. Aber die Organisation bleibt aufs engste an die Interessen und die Fähigkeiten des mächtigen Staates gebunden und agiert nicht eigenständig. Ein Niedergang der Hegemonialmacht bedeutet auch den Niedergang der Organisation und ihrer profitablen Effekte.

Das Argument, internationale Organisationen seien von einzelnen mächtigen Staaten abhängig und letztlich immer in Bezug auf diese zu erklären, stieß allerdings auf Widerspruch, auch aus rationalistischer Sicht.

Neoliberaler Institutionalismus

Aus Sicht des neoliberalen Institutionalismus können kooperative Regelwerke auch zustande kommen – und stabil sein, ohne dass ein einzelner Staat überproportionale Lasten übernimmt. Zum einen könne die Führungsaufgabe in vielen Situationen auch erfolgreich auf mehrere Schultern verteilt werden (Snidal 1985). Zum anderen gebe es zahlreiche Institutionen die, wenn sie erst einmal zustande gekommen sind, sich selbst erhalten und nicht von einer führenden Macht abhängig seien. Der neoliberale Institutionalismus thematisierte vor allem Entstehung und Fortbestand internationaler Regime (Hasenclever et al. 1997: 23-82). Ein Regime – eine Form internationaler Institutionen – zeichnet sich aus durch Normen, Entscheidungsregeln und Prozeduren, die eine Konvergenz von Interessen unterschiedlicher Akteure in einem Politikfeld ermöglichen (Krasner 1983; kritisch hierzu: Kratochwil/Ruggie 1986). Der neoliberale Institutionalismus arbeitete heraus, dass es für Akteure unter bestimmten Umständen rational sein kann, bestehenden Institutionen treu zu bleiben, selbst wenn kein mächtiger Staat sie dazu zwingt oder ihnen die Lasten der Kooperation abnimmt. Typische Beispiele sind Standardisierungen, die zum Beispiel den Handel oder die Kommunikation erleichtern. Zwar kann es für Staaten schwierig sein, sich z.B. auf gemeinsame Produktnormen zu verständigen. Hat man sich aber geeinigt, lohnt es sich für keinen Beteiligten, die Regeln zu ignorieren. In anderen Situationen mag es zwar selbst nach der Einigung auf bestimmte Regeln für die beteiligten Staaten verlockend sein, gegen sie zu verstoßen, z.B. wenn es um die Einhaltung bestimmter Umweltstandards geht. Doch selbst in solchen Situationen müssen nicht unbedingt spezifische Sanktionen verhängt werden, um die Regeleinhaltung attraktiv genug zu machen. Es genügt oft schon, Informationen über das Verhalten aller beteiligten Akteure bereitzustellen und so Regelverstöße sichtbar zu machen (*naming, blaming and shaming*). Der Reputationsverlust, der mit offen sichtbaren Regelbrüchen einherginge, kann ausreichend abschreckend wirken, weil Staaten in der internationalen Politik immer wieder auf ihren Ruf als verlässliche Kooperationspartner angewiesen sind (z.B. Keohane 1984). Dies stabilisiert internationale Organisationen, weil es die Kooperation der Staaten innerhalb der Organisationen auf eine dauerhafte, sich selbst erhaltende Basis stellt.

Die neoliberal institutionalistische Forschung konzentrierte sich allerdings im Wesentlichen darauf, das Zustandekommen von Institutionen zu erklären. Das trug ihr den Vorwurf ein, Institutionen letztlich doch wieder zu einem Epiphänomen von staatlichen Interessenkonstellationen zu machen. Kooperative Institutionen werden demnach eingerichtet, wenn es für die Staaten rational ist. Sie bleiben damit ein Instrument strategischen Handelns der Staaten, und es sind diese Interessenkonstellationen und nicht die Institutionen, die für die Analyse der internationalen Politik ausschlaggebend sind (vgl. Keohane/Martin 2003).

Gleichwohl ist im neoliberal institutionalistischen Ansatz schon ein Argument für eine weitergehende Bedeutung internationaler Institutionen angelegt, nämlich die Tendenz der Regelwerke sich selbst zu erhalten. Geht sie so weit, dass die Regeln selbst dann noch stabil bleiben, wenn sich die ursprüngliche Situation und damit die Interessenkonstellation der

beteiligten Akteure ändert, dann wären internationale Institutionen tatsächlich jenseits dieser Interessen wichtig für die internationale Politik. Genau diese Position vertreten Arbeiten aus dem historischen Institutionalismus, die argumentieren, dass Institutionen, einmal gegründet, ein erstaunliches Beharrungsvermögen besitzen und durch externe Veränderungen nur wenig berührt werden (Pierson 2004; Peters 2010: 41-54). Etablierte Institutionen sind daher oft schwer wieder zu verändern.

Historischer Institutionalismus

Aus historisch institutionalistischer Sicht tendieren Organisationen zu Stabilität, weil es schwierig ist, sie zu verändern. Dies ist in der Gründungslogik politischer Institutionen und Organisationen angelegt. Es ist aus rationalistischer Sicht gerade der Daseinszweck internationaler Institutionen und Organisationen, Erwartungssicherheit zu garantieren. Das können sie aber nur, wenn sie selbst stabil sind. Daher werden bei ihrer Gründung häufig besondere Vorkehrungen gegen schnelle Reformen getroffen. So können Veränderungen an den Regeln einer Organisation z.B. oft nur von besonders großen Mehrheiten, nicht selten sogar nur einstimmig beschlossen werden (Pierson 2000: 262).

Das Gros der Arbeiten im historischen Institutionalismus beschäftigt sich aber nicht mit solchen bewussten Design-Entscheidungen, die institutionellen Wandel erschweren. Im Zentrum stehen vielmehr Prozesse, die Veränderungen an bestehenden Institutionen für rationale Akteure unattraktiv machen, selbst wenn sich ihre ursprünglichen Interessen, die zur Einrichtung der Institution geführt hatten, inzwischen gewandelt haben. Aus dieser Sicht sind Institutionen grundsätzlich stabil, weil ihre Veränderung in der Regel teurer ist als ihre unveränderte Weiterexistenz. Regeln auszuhandeln, zu formulieren, Organisationen einzurichten oder umzustrukturieren ist teuer. Da diese Einrichtungskosten für existierende Institutionen schon in der Vergangenheit getragen wurden („sunk costs“, vgl. Stinchcombe 1968), ist der Erhalt existierender Institutionen grundsätzlich attraktiver als die Schaffung neuer Institutionen, für die man diese Kosten erst noch auf sich nehmen müsste. Douglass North (1990) hat in diesem Sinne vier Faktoren herausgearbeitet, die es für Akteure attraktiv machen, existierende Institutionen fortzuschreiben statt neue, besser an die gegenwärtige Situation angepasste Institutionen einzurichten. So ist es kostenintensiv, neue Regeln auszuhandeln und festzuschreiben; es kostet Mühe zu lernen, wie neue Regelwerke funktionieren und wie man sie zu seinem Vorteil nutzen kann; und ein etabliertes Regelwerk kann leichter zur Basis für die Kooperation vieler Akteure werden. Wenn alle Akteure um diese Effekte wissen, werden sie erwarten, dass alle Beteiligten der Fortexistenz bestehender Regeln den Vorzug vor der Aushandlung neuer Regeln geben, was die existierenden Regeln weiter stabilisiert.

Es sind nicht nur diese institutionellen Eigenschaften, die zur bemerkenswerten Stabilität internationaler Organisationen beitragen. Auch interessierte Akteure können eine bedeutende Rolle für ihren Erhalt spielen. Institutionen und Organisationen schaffen Gewinner und Verlierer und sie generieren und verteilen Macht. Gerade die rationalistisch institutionalistische Forschung wurde dafür kritisiert, dass sie diese Verteilungswirkungen von Institutionen übersah und auf den Charakter von Institutionen als Instrumente zum Erreichen gemeinsamer Ziele fixiert war (Moe 2005). Wenn aber Institutionen Ungleichheit im Hinblick auf Ressourcen und Macht schaffen, dann haben die Gewinner dieses Prozesses naturgemäß ein

Interesse daran, die Institution in ihrer existierenden Form zu erhalten. In Situationen, in denen der Fortbestand einer Organisation in Gefahr gerät, werden sich diese Akteure für ihren Erhalt einsetzen (Moe 2005: 227). Ist ihre Macht groß genug, können sie sogar verhindern, dass die Organisation überhaupt in Frage gestellt wird (Bachrach/Baratz 1962).

Einen Sonderfall unter diesen am Erhalt bestehender Organisationen interessierten Akteuren stellen internationale Bürokratien dar, deren primärer Daseinszweck gerade in der Aufrechterhaltung ihrer Organisation besteht. In jüngerer Zeit haben aus rationalistischer Sicht vor allem Prinzipal-Agent-Ansätze auf die Bedeutung bürokratischer Akteure aufmerksam gemacht (z.B. Vaubel 2006; Hawkins et al. 2006). Demnach sind die Mitgliedsstaaten von internationalen Organisationen einem grundlegenden Dilemma ausgesetzt. Auf der einen Seite gibt es Anreize für sie, bestimmte Aufgaben auf bürokratische Akteure in internationalen Organisationen auszulagern. Dazu gehört zum Beispiel der Anreiz die Überwachung der Regeleinhaltung an eine möglichst unabhängige und verlässliche Instanz zu delegieren. Damit geht aber die Gefahr einher, dass die bürokratischen Akteure (Agenten) sich von den Interessen der sie beauftragenden Staaten (Prinzipale) entfernen und ihre eigenen Interessen verfolgen. Diesen Kontrollproblemen versuchen die Staaten durch verschiedene institutionelle Mechanismen vorzubeugen. Aber schon allein aus Kostengründen können sie keine völlige Kontrolle der bürokratischen Agenten erreichen. Die daraus resultierenden bürokratischen Freiräume führen dazu, dass internationale Organisationen nicht ausschließlich als Ausdruck der mitgliedsstaatlichen Interessen gedacht werden können, sondern eigenständig agieren.

Zusammenfassend lässt sich also aus rationalistischer Sicht ein weites Spektrum von Ansätzen zur Untersuchung internationaler Organisationen identifizieren. Es reicht von Ansätzen, die internationale Organisationen im Wesentlichen als Instrumente mächtiger Staaten analysieren über solche, die sie als Instrumente von Staaten zum Erreichen gemeinsamer Ziele betrachten, bis hin zu Ansätzen, die die Stabilität organisatorischer Arrangements betonen, die dazu führen kann, dass auf längere Sicht die ursprünglichen Interessen der Gründungsstaaten einerseits und Gestalt und Handeln der internationalen Organisation andererseits auseinanderklaffen. Ihnen allen ist aber gemein, dass sie von exogen gegebenen Interessen der Akteure ausgehen und annehmen, dass Institutionen und Organisationen die Anreizstruktur für das Handeln dieser Akteure in die eine oder andere Richtung beeinflussen. Weitaus grundlegendere Bedeutung (und damit meist auch deutlich weiter reichender Einfluss) wird internationalen Organisationen dagegen in soziologischen Ansätzen zugeschrieben.

2.2 Soziologische und sozialkonstruktivistische Ansätze

Im Sinne einer soziologischen Perspektive, wie sie im Rahmen der IB etwa in der sozialkonstruktivistischen Normenforschung vorherrscht, kann man eine Institution verstehen als eine relativ stabile Sammlung von Praktiken und Regeln, die das angemessene Verhalten für spezifische Gruppen von Akteuren in spezifischen Situationen definieren (March/Olsen 1995: 94). Damit werden Interessen, Präferenzen etc. von Akteuren nicht als exogen verstanden, sondern stehen in einer Wechselbeziehung zu Institutionen. Anders als in rationalistischen Ansätzen folgen Akteure in diesem Verständnis so auch keiner Handlungslogik, die ein (rein) instrumentell-rationales Verhalten erfordert und allein durch positive wie negative

Anreize Verhalten steuert („Logik der Konsequenz"). Stattdessen wird ihr Verhalten angeleitet von einer normativen Handlungslogik („Logik der Angemessenheit"), die den Rahmen angemessener Handlungen von Akteuren vorgibt (Risse 2003). Demnach orientieren sich Akteure an den normativen Vorgaben und Rollenerwartungen, die sich aus den institutionellen Regeln ergeben (March und Olsen 1989, 1998; Peters 1999). Diese Erwartungen wiederum wirken auf die Identität und die daraus folgenden Interessen von Akteuren ein. Für den Blick auf internationale Organisationen folgt daraus, dass Akteure durch Institutionen nicht nur in ihrem Handeln beschränkt und kurzfristig zu Kooperation bewegt werden oder auf Präferenzänderungen reagieren und sich daran anpassen. Vielmehr folgen internationale Organisationen in einem soziologischen Verständnis nicht allein den Weisungen von Staaten, sondern können selbst zu (relativ) autonomen Akteuren internationaler Politik werden. Sie sozialisieren Staaten, beeinflussen deren (nationale und kollektive) Identitäten und daraus resultierend auch ihre staatlichen Interessen und Präferenzen, definieren staatliche Rollen im internationalen System und stellen Normen zur Verfügung, die staatliches Verhalten leiten (vgl. Wendt 1994).

Damit ist die intersubjektive Dimension von Institutionen angesprochen (Kratochwil/Ruggie 1986). Diesem Verständnis zufolge werden Institutionen und Identitäten als gegenseitig konstitutiv gesehen. Institutionen folgen demnach nicht den Interessen von Akteuren (als deren Instrumente), sondern sind für diese ebenso konstitutiv (Wendt 1994). Institutionen bilden in erster Linie den Rahmen für die Herstellung intersubjektiver Bedeutung, denn im sozialkonstruktivistischen Verständnis ist bedeutungsvolles Verhalten oder Handeln nur möglich in einem intersubjektiven sozialen Kontext (Hopf 1998:173). Internationale Institutionen (und Organisationen) sind demzufolge nie bloß formale Strukturen, sondern versehen soziale Praktiken mit Bedeutung (ähnlich auch Ruggie 1998:879 und Wendt 1992:937). Dementsprechend werde institutioneller Wandel nicht bewusst von Akteuren mit veränderten Präferenzen gesteuert, wie es rationalistische Perspektiven postulieren, sondern verlaufe als kontinuierlicher Prozess des Lernens, in dem nur dann nach neuen Wegen gesucht wird, wenn eine Krise bewährte Kooperationsmuster in Frage stellt. Dies wird – in Abgrenzung zum Wandel im rationalistischen Verständnis, der in Reaktion auf Veränderungen der Parameter einer Organisation erfolgt – als endogener Wandel, also Wandel von innen heraus, gedeutet (Johnston 2001; 2003).

Sozialisierung

Der Lernprozess in und durch internationale Institutionen gilt als Sozialisierung von Akteuren. Neuere Sozialisationsstudien sind daher vermehrt im Rahmen konstruktivistischer Ansätze zu finden. Institutionelles Lernen – das auch im Rationalismus von Interesse ist – und Sozialisation bezeichnen dabei ähnliche oder gar gleiche Prozesse (Haas 1990; Nye 1987); Sozialisation wird zumeist als ein Prozess verstanden, in dem gelehrt und erzogen und damit auch gelernt wird. Während einerseits jeder theoretische Ansatz seinen Studien unterschiedliche Definitionen von Sozialisation zugrunde legt, ist andererseits das Gemeinsame aller Arbeiten ihr Interesse für das Ergebnis staatlicher Interaktion, bei dem Akteure von anderen Akteuren in ihrer Umwelt hin zu Verhaltensänderungen beeinflusst werden.

Integrationstheorien in der Tradition des (Neo-)Funktionalismus, etwa in Studien über die europäische Gemeinschaftsbildung, beobachteten in der frühen Beschäftigung mit Sozialisation eine Identitätsbildung („we-feeling“) über Grenzen hinaus, die sie wiederum als Sozialisation in eine Gemeinschaft durch Transaktionen zu erklären suchten (Haas 1964; Deutsch 1957). Darauf aufbauend identifizierte die sozialkonstruktivistische Forschung Sozialisation als Konzept, um einen Normtransfer von der internationalen Ebene auf die nationale Ebene (und manchmal auch umgekehrt) zu erklären (Flockhart 2006; Checkel 2001, 1997; Finnemore/Sikkink 1998). Mit der konstruktivistischen Wende (Checkel 1998) wuchs auch das Interesse an Sozialisierungsprozessen im Rahmen von Institutionen.

Studien zur Wirkung von Institutionen im Bereich bestimmter Normen wie Menschenrechte, nukleares Tabu oder Bürgerschaft proliferieren seit den 1990ern (Risse/Jetschke/Schmitz 2002; Johnston 2001; Checkel 1999, 2001; Risse/Ropp/Sikkink 1999; Cortell/Davis 1996; Finnemore 1993, 1996b; Nadelmann 1990). Dabei werden Institutionen zumeist als Sozialisationsinstanz gesehen, die zur Verbreitung von Normen beitragen. In mehreren Studien zur Europäischen Union bezieht sich beispielsweise Jeffrey Checkel auf die Sozialisationsprozesse, in denen durch die Institution bestimmte Normen – etwa Normen im Kontext liberaler Demokratie oder marktwirtschaftlicher Organisation – in die Mitgliedsstaaten getragen und dort internalisiert werden (Checkel 2001, 2005). Dabei sind zum einen erlernte Rollen wichtig, die sich nach den Erwartungen richten, die wiederum durch die Logik der Angemessenheit im Rahmen der EU vorgegeben sind. Zum anderen geht es darum, wie sich in einem Prozess der Angleichung an bestimmte Normen auch dauerhaft Identitäten und Interessen der Staaten verändern können. Die Befolgung von Normen (in der Forschung als *compliance* bezeichnet) richte sich nicht nach äußerem Zwang – wie es rationalistische Perspektiven annehmen –, sondern werde durch Überzeugung der Akteure im Rahmen von Sozialisationsprozessen möglich. In diesen Prozessen spielen Institutionen und ihre Bedeutungsstrukturen eine zentrale Rolle.

Soziologischer Institutionalismus

In den Internationalen Beziehungen waren es zunächst vor allem die Arbeiten der *English School*, einem sehr losen Verbund von Arbeiten zur internationalen Gesellschaft (Bull 1977; Bull/Watson 1984; Wight 1977), die die Bedeutung der sozialen Umwelt für das Entstehen und die Wirkung von Institutionen in den Mittelpunkt ihrer Analyse stellten. Institutionen, so das aus soziologischen Arbeiten abgeleitete Verständnis, stellten einen Rahmen bereit, der Regeln für das angemessene Verhalten von Akteuren vorgibt (Buzan 1994). Auch Wandel – insbesondere die mögliche Veränderung des internationalen Systems hin zu einer internationalen Gesellschaft – spielt eine zentrale Rolle in der Forschung der *English School*. Die Mehrzahl der Arbeiten der *English School* wenden sich eher abstrakten Institutionen in einem soziologischen Verständnis zu; dazu können „fundamentale“ Institutionen (Reus-Smit 1997) wie Multilateralismus (Ruggie 1993) oder Diplomatie (Bull 1977) zählen. Das Verständnis von Institutionen, das sich in der losen Theorieschule entwickelte, umfasst auch historisch langfristig etablierte Praktiken wie Souveränität oder das Gleichgewicht der Mächte, die im rationalistischen Verständnis nicht als Institutionen zu fassen wären (Alderson/Hurrell 2000). In der Tradition der *English School*, die sich immer mit der Frage einer (möglichen) Weltgesellschaft auseinandergesetzt hat, hat sich so ein weiter Institu-

tionenbegriff etabliert, der es ermöglicht, „primäre Institutionen“ (Buzan 2004) wie Souveränität, Territorialität oder Diplomatie als Institutionen in ihrem sozialen Zusammenhang zu betrachten. Institutioneller Wandel, etwa von Diplomatie, wird dementsprechend als Wandel von Praktiken und als Wandel von Ideen verstanden, der über lange Zeit historisch rekonstruiert werden kann (Suganami 2000). Als sozialer Kontext, der die Entstehung bzw. Ablösung bestimmter Institutionen begünstigt hat, wird das internationale System verstanden. In seinem Schlüsselwerk „The Anarchical Society“ (1977) vollzieht Hedley Bull nach, wie sich eine internationale Ordnung von Staaten formiert hat, und identifiziert die wichtigsten Institutionen dieser Ordnung, wie etwa Völkerrecht, die Großmächte oder das Gleichgewicht der Mächte. Diese Institutionen sind einerseits aus den staatlichen Praktiken im internationalen System hervorgegangen, andererseits strukturieren sie selbst die Politik von Staaten und formieren eine internationale Ordnung, in der sich diese bewegen. Diese Zusammenhänge zwischen Akteuren und Institutionen, wie sie Vertreter der *English School* beschreiben, widersprechen einerseits nicht einer realistischen Logik über internationale Politik. Andererseits jedoch rekurrieren sie auf soziologische Annahmen gegenseitiger Wirkung zwischen Akteuren und Institutionen.

Das Interesse an stark formalisierten Institutionen wie internationalen Organisationen ist in Arbeiten der English School allerdings eher gering. Um auch formale internationale Organisation in den Blick zu nehmen, wird heute zwischen „primären“ und „sekundären“ Institutionen unterschieden: Beispiele für primäre Institutionen sind bei Barry Buzan etwa Souveränität oder Territorialität, als sekundäre Institutionen versteht er unter anderen die Generalversammlung der Vereinten Nationen oder ganz generell intergouvernementale Organisationen (Buzan 2004: 161/162). Da der Fokus der *English School* eher auf der systemischen Ebene – dem internationalen System und der Möglichkeit einer internationalen Gesellschaft – liegt, gibt es kaum Arbeiten, die sich mit solchen intergouvernementalen Organisationen befassen. Dennoch haben auch Institutionenforscher in den IB von der *English School* dahingehend lernen können, dass sie die Einbettung von Institutionen in das internationale System (als internationale Gesellschaft) stärker berücksichtigen und Wandel als langfristigen Prozess begreifen.

Ausgehend von der empirischen Beobachtung, dass sich im internationalen System formal ähnliche Institutionen scheinbar unabhängig vom regionalen bzw. lokalen Kontext verbreiten, befassen sich Arbeiten im Rahmen neo-institutionalistischer Forschung mit der Frage dieser Isomorphismen (Formgleichen). Denn dass auch scheinbar rein technologisch geprägte und an Effizienz ausgerichtete Vorgänge, wie etwa die Einrichtung einer internationalen Organisation, durch Kontextbedingungen des internationalen Systems beeinflusst sind, wird als eine alternative Erklärung zu den funktionalistischen Annahmen rationalistischer Arbeiten präsentiert (Campbell 2004). Der Neo-Institutionalismus der *World Polity* bzw. *World Culture* Schule in Stanford (Meyer/Boli/Thomas/Ramirez 1997; Boli/Thomas 1997; Meyer 1987; Meyer/Rowan 1977) sieht als wesentliches Merkmal von Institutionen, dass sie in einen sozialen Kontext integriert sind, nämlich in den der „Weltkultur“ (dazu: DiMaggio/Powell 1991). Diese äußere sich in der weltweiten Verbreitung bestimmter Modelle; jedoch klafften die Ideen, auf denen sie basieren, und die lokalen Praktiken weit auseinander. Dieses Phänomen wird als „Entkoppelung“ bezeichnet.

Martha Finnemore zeigt im Rahmen einer Studie zur Wirkung der Weltkulturorganisation UNESCO (1993), wie sich in nationalen Bildungssystemen ganz unterschiedlich beschaffener Staaten formgleiche bürokratische Strukturen herausgebildet haben, deren Funktionen jedoch verschieden sind. In den untersuchten Fällen wurden Behörden für Wissenschaftspolitik geschaffen, die mit den lokalen Bedürfnissen in den Staaten zum Teil kaum in Verbindung gebracht werden konnten. Dies spricht dafür, dass sich staatliche Politik hier nicht an den Bedürfnissen vor Ort orientierte, sondern die Vorgaben einer internationalen Organisation, nämlich der UNESCO, umsetzte.

Als Grund für die Verbreitung formgleicher Institutionen wiederum gilt, dass diese nicht unbedingt an Effizienzerwägungen orientiert seien, sondern dass vielmehr grundsätzlich bestimmte Formen von Organisation durch die Weltkultur eine vorrangige Stellung erhielten und durch sie legitimiert würden. Und zwar auch dann, wenn sie in dem Kontext, in dem sie sich entwickelten, (zunächst) kaum den spezifischen Anforderungen entsprachen (Peters 1999:102). Der Einfluss einer externen Legitimierung (durch die Weltkultur) ließe sich dann vermuten, wenn man die Verbreitung isomorpher Institutionen finde (Meyer/Rowan 1977).

Über die sozialkonstruktivistische Institutionenforschung hinaus greifen weitere Perspektiven auf Überlegungen aus soziologischen Institutionalismen zurück. Zum einen verorten Forscher und Forscherinnen internationale Organisationen in systemtheoretisch angeleiteten Debatten, zum anderen werden Institutionen in Zusammenhang mit diskursiven Praktiken gebracht. Eine soziologisch geprägte Richtung in der Forschung zu internationalen Organisationen wendet sich stärker den formalen Prozessen zu, die IOs zu eigenständigen Akteuren im internationalen System machen. Basierend auf systemtheoretischen Arbeiten Niklas Luhmanns werden internationale Organisationen als Akteure gefasst, die immer wieder um Autonomie ringen (Koch 2009). Andere Arbeiten sehen die bürokratischen Apparate von Organisationen als eigenständige Akteursgruppe innerhalb von Organisationen – und befassen sich sowohl mit deren Routinehandlungen als auch mit möglichen Pathologien, also Abweichungen von den institutionellen Pfaden (Barnett/Finnemore 1999; 2004). Internationale Bürokratien werden zwar als Bestandteil einer IO gesehen, aber können als von ihr autonome und verbindliche Regeln setzende Einheit verstanden werden, die von internationalem Personal besetzt ist, bestimmte Ziele verfolgt, mit Staaten interagiert und eigene Entscheidungen trifft (Bauer/Weinlich 2011: 252). In jüngerer Zeit wird der soziologische Institutionalismus zunehmend mit dem rationalen Prinzipal-Agenten-Ansatz verbunden, um das Verhalten und die internen Dynamiken von internationalen Bürokratien zu untersuchen (Biermann/Siebenhüner 2009).

Wenig systematisch haben bisher über den Sozialkonstruktivismus hinaus einige neuere Arbeiten Institutionen stärker diskursiv verortet. Iver Neumann beispielsweise untersucht den diskursiven Wandel institutioneller Praktiken am Beispiel des Feldes der Diplomatie und den Hindernissen, die einem solchen Wandel entgegenstehen (2002). Neumanns Arbeiten demonstrieren die Bedeutung von bürokratisierten Routinen und etablierten, insbesondere auf Textproduktion basierenden Praktiken in Institutionen, die nur schwer zu überwinden sind. Wandel stellt sich hier durch Veränderungen bestimmter Narrative ein, die Teil der Institution sind, und lässt sich an veränderten Praktiken der Mitglieder dieser Institution feststellen. Die Bedeutung institutionalisierter Diskurse und einiger hervorgehobener Spre-

cher in diesen Diskursen sind eng mit der Möglichkeit institutionellen Wandels verbunden. Institutionen beruhen hier vor allem auf der ständigen Reproduktion bereits etablierter Praktiken und verändern sich auch über lange Zeiträume kaum.

Trotz einiger weiterer Studien, die diskurstheoretische und institutionalistische Forschung mit einem noch dezidierteren Fokus auf Phänomene internationaler Politik, wie die Praktiken der Europäischen Union oder der NATO, zusammenbringen (Diez 1999; Klein 1990; Rumelili 2003), gibt es in den Internationalen Beziehungen bislang keine eigene Forschungsrichtung, in der Institutionen diskursiv gewendet werden. Ein explizit „diskursiver Institutionalismus", wie Vivien A. Schmidt (2010) ihn postuliert, hat sich im Feld der Internationalen Beziehungen (noch) nicht herausgebildet. In Schmidts Perspektive werden Institutionen durch Diskurse (als Ideen und Vorstellungen von Akteuren) beeinflusst und verändert. Im weiteren Feld der Politikwissenschaft haben einige Arbeiten zu Institutionen diese Gemeinsamkeiten, die Schmidt als „diskursiver Institutionalismus (DI)" identifiziert (Campbell/Pedersen 2001; Hay 2001, 2006). Sie bleiben allerdings vorerst unverbunden.

In der Forschung zu internationalen Organisationen spielen solche und andere soziologische Ansätze mittlerweile eine wichtige Rolle und können als wichtige Ergänzung der lange Zeit rationalistisch dominierten Forschung gelten. Zum einen berufen sich ForscherInnen auf diese Perspektiven, um Wandel über lange Zeiträume hinweg erfassbar zu machen, und zum anderen sind sie zentral in der sozialkonstruktivistischen Normenforschung. Dabei gehen Studien zu so unterschiedlichen empirischen Feldern wie Sicherheitsgemeinschaften (Adler/Barnett 1998; Bellamy 2004), europäische Integration (Checkel 1997) oder Normgenese (Finnemore/Sikkink 1998) von ähnlichen Grundannahmen aus, nämlich dass Institutionen und ihre soziale Bedeutung als gegenseitig konstitutiv verstanden werden können. Das bedeutet, dass nicht Akteure allein bestimmen, wie Institutionen gestaltet werden und sich entwickeln oder welchen Einfluss auf die Politik von Staaten sie ihnen zugestehen wollen, sondern dass auch die Institutionen selbst eine eigenständige Wirkung entfalten. Damit werden sie als Akteure internationaler Politik gesehen. Deren Wirkungen zu erkennen, steht im Mittelpunkt soziologisch geprägter Institutionenforschung in den Internationalen Beziehungen.

2.3 Verhältnis zwischen rationalistischen und soziologischen Ansätzen

Das Spektrum soziologischer Ansätze in der Forschung über internationale Organisationen ist ähnlich breit wie das rationalistischer und historischer Institutionenforschung. Gemein ist dieser Gruppe von Arbeiten, dass sie Institutionen bzw. Organisationen nicht als bloße Instrumente ihrer Mitglieder ansehen, sondern sie zum einen eingebettet in ihrem sozialen Kontext betrachten und zum anderen Institutionen selbst als Instanzen begreifen, die Einfluss sowohl auf ihre Mitglieder als auch auf deren gesellschaftliches Umfeld nehmen. In Lern- und Sozialisationsstudien der internationalen Beziehungen, die die Verbreitung von Normen oder Ideen untersuchen, geht es im Wesentlichen um die Bedingungen für erfolgreiche (seltener nicht erfolgreiche) Prozesse von Norminternalisierung (z.B. Acharya 2004; Checkel 1997; Johnston 2005, 2003) bzw. institutionellen Wandel durch die Verbreitung von bestimmten (neuen) Ideen und Normen. Sowohl institutionelles Lernen als auch Sozialisation sind Konzepte (institutionellen) politischen Wandels, die zunächst keiner bestimmten theore-

tischen Richtung zuzuordnen sind; vielmehr umfassen Arbeiten dazu wiederum das gesamte Spektrum rationalistischer bis sozialkonstruktivistischer Ansätze. Eher rationalistischen Prämissen verhaftete Ansätze (Axelrod 1984; Goldstein/Keohane 1993; Ikenberry/Kupchan 1990; Schimmelfennig 1994, 1997) behandeln Sozialisation zwar auch als Prozess zur Verbreitung von Normen, allerdings eher durch materielle Anreize und Druck oder durch den Einfluss einer Hegemonialmacht und damit weniger als Identität bildenden Lernprozess. Die Mechanismen, die zu einer erfolgreichen Sozialisation führen, werden also unterschiedlich bewertet: Imitation, sozialer Druck und *bargaining* (Verhandeln) zählen zu einem rationalistischen Verständnis und stehen Mechanismen gegenüber, die man eher im sozialkonstruktivistischen Verständnis verortet. Hierzu gehören insbesondere Überzeugung (Deitelhoff 2006; Payne 2001; Checkel 2001) sowie sozialer Einfluss (Flockhart 2006). Diese Mechanismen können in unterschiedlichen Fällen und unter verschiedenen Bedingungen auftreten (vgl. Johnston 2001; Schimmelfennig 2003).

Die soziologisch/sozialkonstruktivistisch geprägte Institutionenforschung in den IB folgt im Großen und Ganzen zwei Pfaden: zum einen jenen soziologischer Institutionalismen (zu unterschiedlichen Formen des soziologischen/Neuen Institutionalismus siehe Campbell (2004) und Peters (1999), zum anderen dem einer an der Sozialisierung von Akteuren und der Entstehung/Verbreitung von Normen interessierten Forschungsrichtung. Während rationalistische Perspektiven auf internationale Institutionen im Wesentlichen mit der Einrichtung und dem Fortbestand konkreter internationaler Regime oder Organisationen befasst sind, nehmen soziologische Perspektiven vor allem deren möglichen Wandel in den Blick. Welche Umstände dazu führen, dass sich internationale Institutionen verändern, in welchem Verhältnis dabei Akteure und Strukturen zueinander stehen und wie dies mit dem sozialen Kontext der Institutionen zusammenhängt, sind zentrale Fragen, denen nachgegangen wird. Der rationalistischen Annahme, dass Institutionen bewusst von Akteuren gegründet werden, steht hier die Beobachtung gegenüber, dass Institutionen eher spontan entstehen und sich durch wiederholende Praxis letztlich verstetigen. Damit wird dem funktionalistischen Grundverständnis rationalistischer Autoren ein Begriff von Wandel entgegengesetzt, der aus den Institutionen selbst kommt, also endogen entsteht, und nicht allein in Reaktion auf äußere (exogene) Veränderungen zustande kommt.

3. Das empirische Feld internationaler Organisationen

Die hier vorgestellten theoretischen Grundlagen dienen zur Analyse konkreter internationaler Organisationen. So wird beispielsweise nach den Entstehungsbedingungen einer Organisation gefragt und deren Wirken untersucht. Im zweiten, empirischen Teil dieses Handbuchs sollen beide Fragerichtungen verfolgt und in der Analyse von 30 internationalen Organisationen beantwortet werden: Wie und zu welchem Zweck wurde die internationale Organisation gegründet? Was für eine Bedeutung und Wirkkraft hat sie in der globalen und regionalen Politik? Damit soll ein Verständnis für die Struktur, inneren Dynamiken, die Beziehungen zu ihren Mitgliedsstaaten und die Bedeutung einer Organisation vermittelt werden.

Auswahl internationaler Organisationen

Die Auswahl der 30 Organisationen folgt zwei Dimensionen: Zum einen handelt es sich dabei um die geographische Reichweite der Mitgliedsstaaten. Internationale Organisationen sind entweder auf einen bestimmten regionalen Raum (Region oder Subregion) festgelegt oder ihre Mitgliedschaft unterliegt keiner räumlichen Einschränkung (global). Zum anderen unterscheiden sich internationale Organisationen durch ihre Aufgabenfelder, die von universellen, umfassenden bis zu speziellen Mandaten reichen. Die Auswahl internationaler Organisationen im zweiten Teil dieses Bandes soll repräsentativ für eine Schnittmenge aus diesen beiden Dimensionen sein, kann bei einer Mindestzahl von weltweit mehr als hundert existierenden internationalen Organisationen jedoch kaum umfassend sein (vgl. Tabelle 1). Dennoch sollen einige der wichtigsten internationalen Organisationen der Weltpolitik vorgestellt und greifbarer gemacht werden.

		AUFGABENFELDER	
		Universell	**Speziell**
GEOGRAPHISCHE REICHWEITE	**global**	Vereinte Nationen	FAO IAEO ILO IMF OECD OHCHR UNDP UNEP Weltbank WHO WTO
	regional	AU Arabische Liga ASEAN EU Europarat OAS	ADB AFDB EBRD IDB NATO OSZE
	subregional	Andengemeinschaft ECOWAS Mercosur SAARC SADC SCO	

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Abb. 3: Ausgewählte internationale Organisationen.

Aus der Schnittmenge geographischer Reichweite und den Aufgabenfeldern ergeben sich verschiedene Gruppen internationaler Organisationen, die im zweiten Teil dieses Bandes untersucht werden:

- **Global** und zugleich **universell** agierend, existiert weltweit nur eine internationale Organisation, nämlich die Vereinten Nationen. Sie dient als Forum für internationale Diskussionen und ist in vielen Aufgabenfeldern stark von den Interessen ihrer Mitgliedsstaaten abhängig. In einzelnen Bereichen treten VN-Organe-, Programme und Sonderorganisationen jedoch als Akteure globaler Politik auf.
- **Global** – also offen für jeden Staat, der die Aufnahmekriterien der jeweiligen Organisation erfüllt – und zugleich in **speziellen Aufgabenfeldern** tätig, ergibt in diesem Band und auch im Allgemeinen die größte Gruppe internationaler Organisationen. Gegenstand dieses Bandes sind Organisationen aus den Bereichen Ernährung (FAO), Sicherheit (IAEO), Arbeit (ILO), Finanzen und Handel (IMF, Weltbank, WTO), Entwicklung (OECD, UNDP, Weltbank), Menschenrechte (OHCHR), Umwelt (UNEP) und Gesundheit (WHO).
- **Regionale** Organisationen mit **umfassenden Aufgabenfeldern**, die je nach Region unterschiedliche Schwerpunkte haben, entsprechen den fünf Weltregionen. Ihr Integrationsgrad ist sehr unterschiedlich ausgeprägt und damit ihre Akteursqualitäten verschieden. Den größten verbindlichen Einfluss auf die nationalstaatliche Politik ihrer Mitglieder übt die Europäische Union (EU) aus. Eine weitere europäische IO, der Europarat, spricht im Bereich der Einhaltung von Menschenrechten zwar verbindliches Recht, kann sein Mandat aber keineswegs so eigenständig umsetzen. Eine Mischung aus regionalem Forum und Akteursqualitäten in spezifischen Arbeitsbereichen bieten die Regionalorganisationen in Afrika (AU), im arabischen Raum (Arabische Liga), Asien (ASEAN) und Nord-, Mittel- und Südamerika (OAS).
- **Regionalorganisationen**, die allen Staaten einer Region offen stehen und zugleich sehr **spezifische Tätigkeitsfelder** haben, existieren in unterschiedlichen Bereichen wie Wirtschaftskooperation oder Sicherheitspolitik (NATO, OSZE). Insbesondere sind hier die regionalen Entwicklungsbanken zu nennen (ADB, AfDB, EBRD, IDB; vgl. Abb. 4), die mit zu den ältesten internationalen Organisationen gehören.
- Auf **subregionaler Ebene** bildeten sich in Anlehnung an Regionalorganisationen Organisationen, die zumeist in mehr als einem begrenzten Politikfeld Kooperation ermöglichen (Afrika: ECOWAS, SADC; Asien: SAARC; Lateinamerika: Andengemeinschaft, Mercosur). Die Aufgabenfelder sind zwar **umfassend**, häufig sind sie aufgrund eingeschränkter Leistungsfähigkeit auf bestimmte Schwerpunktbereiche begrenzt. Exemplarisch kann man hier die *Shanghai Cooperation Organisation* (SCO) nennen, mit der ihre Mitglieder vor allem sicherheitspolitische Kooperationen anstreben. Mitglieder von subregionalen Organisationen gehören gleichzeitig Regionalorganisationen an. Wenngleich die Gefahr besteht, dass sich auf der subregionalen Ebene Aufgaben doppeln und Konkurrenzen zur regionalen Ebene entstehen, verstehen sich diese Organisationen komplementär zu den Regionalorganisationen und zielen darauf ab, Integrationsprozesse zu beschleunigen.

Die Anordnung der in Abb. 3 aufgeführten internationalen Organisationen erfolgt alphabetisch, um den Zugang zu einzelnen Institutionen für die Leserin und den Leser zu erleichtern sowie den Vergleich zwischen ihren Zielen, Mandaten und Rollen in der globalen Politik einfach zu ermöglichen.

Struktur der Einzelbeiträge über internationale Organisationen

Ziel der Einzelbeiträge ist es, die Bedeutung der jeweiligen internationalen Organisation zu analysieren und diese kompakt abzubilden. Dies soll durch einen systematischen und vergleichend angelegten Überblick der jeweiligen Organisation gewährleistet werden. Das Gesamtbild, das sich aus den Einzelanalysen ergibt, reflektiert die wichtigsten Entwicklungslinien der Organisationen selbst, lässt aber auch Schlüsse darüber zu, wie sich die Bedeutung von internationalen Organisationen in der globalen Politik selbst gestaltet und immer wieder den veränderten Kontextbedingungen angepasst hat. Die Untersuchung jeder Organisation ist in vier identischen Teilen organisiert:

(1) **Entstehung, Ziele und Aufgaben**: Im Zentrum des Anfangskapitels steht der historische Entstehungszusammenhang der Organisation, dann werden das Mandat und die wichtigsten Aufgabenbereiche der internationalen Organisation vorgestellt. Diese historische Perspektive ermöglicht die Identifizierung von möglichen Pfadabhängigkeiten einer Organisation.

(2) **Aufbau**: Das zweite Kapitel bietet eine Einführung in die zentralen Organe der jeweiligen Organisation und stellt deren Zusammensetzung, Funktionen und Bedeutung dar. Die Untersuchung der Kompetenzbereiche und Aktivitäten dieser Organe sind aufschlussreich für den Handlungsspielraum der Organisation und deren Grad der (Un)Abhängigkeit von den Mitgliedsstaaten.

(3) **Wandel, Reform und Bedeutung in der globalen Politik**: Im dritten Kapitel werden die wichtigsten internen Reformen sowie durch äußeren Anpassungsdruck erzeugten Veränderungen einer internationalen Organisation untersucht. Dies umfasst die Darstellung ihrer wichtigsten Herausforderungen sowie die Politikformulierung und -umsetzung der Organisation in ihrem regionalen und globalen Umfeld.

(4) **Stand der Forschung**: Das letzte Kapitel bettet die internationale Organisation in die (politik)wissenschaftliche Forschung ein und benennt die wichtigsten theoretischen Ansätze, die zu ihrer Untersuchung in den IB dienen. Insgesamt gibt es einen komprimierten Überblick zu einigen der zentralen wissenschaftlichen Arbeiten, die sich mit der internationalen Organisation befassen.

Die Einzelbeiträge schließen mit einer Auswahl qualifizierter Literaturangaben. Diese beinhalten die wichtigsten Primärdokumente der internationalen Organisation (Gründungsakten, wichtige Verträge und Abkommen etc.); Standardwerke, die für das Studium der internationalen Organisation unverzichtbar sind, weil sie zum Literaturkanon im jeweiligen Forschungsfeld gehören; und aktuelle Sekundärliteratur, die zur vertiefenden Beschäftigung mit der untersuchten internationalen Organisation einlädt.

Eine Übersicht der hier untersuchten internationalen Organisationen mit ihren jeweiligen Mitgliedsstaaten findet sich im Anhang dieses Bandes. Der Überblick bietet die Möglichkeit, die Zugehörigkeit einzelner Staaten zu internationalen Organisationen historisch nachzuvollziehen. Schließlich können weiterführende Materialien zur Analyse internationaler Organisationen auf der folgenden Internetseite des Oldenbourg Verlags abgerufen werden: http://www.oldenbourg-verlag.de/wissenschaftsverlag/handbuch-internationale-organisationen /9783486583106.

Literatur

Acharya, Amitav 2004: How Ideas Spread: Whose Norms Matter? Norm Localization and Institutional Change in Asian Regionalism, in: International Organization, 58:2, S. 239-276.

Adler, Emanuel/Michael Barnett 1998 (Hg.): Security Communities. Cambridge: Cambridge University Press.

Alderson, Kai/Andrew Hurrell 2000: Hedley Bull on International Society. Houndsmill, Basingstoke: MacMillan.

Arts, Bas/M. Noortmann/B. Reinalda (Hg.) 2001: Non-State Actors in International Relations. Aldershot u.a.: Ashgate.

Axelrod, Robert 1984: The Evolution of Cooperation. New York: Basic Books.

Bachrach, Peter/Morton S. Baratz 1962: Two Faces of Power, in: American Political Science Review 56:4, S. 947-952.

Barnett, Michael/Martha Finnemore 1999: The Politics, Power, and Pathologies of International Organizations, in: International Organization 53:4, S. 699-732.

Barnett, Michael/Martha Finnemore 2004: Rules for the World: International Organizations in Global Politics. Ithaca: Cornell University Press.

Bellamy, Alex 2004: Security Communities and their Neighbours. Regional Fortresses or Global Integrators?. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Bauer, Steffen/Silke Weinlich 2011: International Bureaucracies: Organizing World Politics, in: Bob Reinalda (Hg.): The Ashgate Research Companion on Non-State Actors. Farnham/Burlington: Ashgate, S. 251-263.

Biermann, Frank/Bernd Siebenhüner 2009: The Influence of International Bureaucracies in World Politics: Findings from the MANUS Research Program, in: Dies. (Hg.): Managers of Global Change. Cambridge, MA: MIT Press, S. 37-74.

Boli, John/George M. Thomas 1997: World Culture in the World Polity: A Century of International Non-Governmental Organization, in: American Sociological Review 62:2, S. 171-190.

Bull, Hedley 1977: The Anarchical Society. London: Macmillan.

Bull, Hedley/Adam Watson 1984: The Expansion of International Society. Oxford: Clarendon Press.

Buzan, Barry 2004: From International to World Society? English School Theory and the Social Structure of Globalisation. Cambridge: Cambridge University Press.

Campbell, John L/Ove Pedersen 2001: Introduction, in: Dies. (Hg.): The Rise of NeoLiberalism and Institutional Analysis. Princeton: Princeton University Press, S. 1-24.
Campbell, John L. 2004: Institutional Change and Globalization. Princeton: Princeton University Press.
Checkel, Jeffrey T. 1997: International Norms and Domestic Politics: Briding the Rationalist-Constructivist Divide, in: European Journal of International Relations 3:4, S. 473-495.
Checkel, Jeffrey T. 1998: The Constructivist Turn in International Relations, in: World Politics 50:2, S. 324-348.
Checkel, Jeffrey T. 1999b: Norms, Institutions, and National Identity in Contemporary Europe, in: International Studies Quarterly 43:1, S. 83-114.
Checkel, Jeffrey T. 2001: Why Comply? Social Norms Learning and European Identity Change, in: International Organization 55:3, S. 553-588.
Checkel, Jeffrey T. 2005: International Institutions and Socialization in Europe: Introduction and Framework, in: International Organization 59:4, S. 801-26.
Cortell, Andrew/James Davis 1996: How do International Institutions Matter? The Domestic Impact of International Rules and Norms, in: International Studies Quarterly 40:3, S. 451-478.
Deitelhoff, Nicole 2006: Überzeugung in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
Deutsch, Karl W. et al. 1957: Political Community and the North Atlantic Area: International Organization in the Light of Historical Experience. Princeton: Princeton University Press.
Diez, Thomas 1999: Die EU lesen: diskursive Knotenpunkte in der britischen Europadebatte. Opladen: Leske und Budrich.
Di Maggio, Paul/Walter Powell (Hg.) 1991: The New Institutionalism in Organizational Analysis. Chicago: University of Chicago Press.
Finnemore, Martha 1993: International Organizations as Teachers of Norms: the United Nations Educational, Scientific, and Cultural Organization and Science Policy, in: International Organization, 47:4, S. 565-597.
Finnemore, Martha 1996: Norms, Culture, and World Politics: Insights from Sociology's Institutionalism, in: International Organization 50:2, S. 325-347.
Finnemore, Martha/Kathryn Sikkink 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: International Organization 52:4, S. 887-917.
Flockhart, Trine 2006: Complex Socialization: A Framework for the Study of State Socialization, in: European Journal of International Relations 12:1, S. 89-118.
Gilpin, Robert 1981: War and Change in World Politics. Cambridge: Cambridge University Press.
Goldstein, Judith/Robert O. Keohane 1993: Ideas and Foreign Policy: An Analytical Framework, in: Dies. (Hg.): Ideas and Foreign Policy: Beliefs, Institutions, and Political Change. Ithaca: Cornell University Press, S. 3-30.
Haas, Ernst B. 1964: Beyond the Nation-State: Functionalism and International Organization, Stanford: Stanford University Press.
Haas, Ernst B. 1990: When Knowledge is Power. Three Models of Change in International Organizations. Berkeley: University of California Press.

Hasenclever, Andreas/Peter Mayer/Volker Rittberger 1997: Theories of International Regimes. Cambridge: Cambridge University Press, S. 23-82.

Hawdon, James 1996: Emerging Organizational Forms: The Proliferation of Regional Intergovernmental Organizations in the Modern World-System. Westport, CT: Greenwood Press.

Hawkins, Darren/David Lake/Daniel Nielson/Michael Tierney 2006: Delegation and Agency in International Organizations. Cambridge: Cambridge University Press.

Hay, Colin 2001: The 'Crisis' of Keynesianism and the Rise of Neoliberalism in Britain: an Ideational Institutionalist Approach, in: Campbell, John/Ove Pedersen (Hg.): The Rise of NeoLiberalism and Institutional Analysis. Princeton: Princeton University Press, S. 193-218.

Hay, Colin 2006: Constructivist institutionalism, in: Rhodes, R.A.W./Sarah Binder/BertRockman (Hg.): Oxford Handbook of Political Institutions. Oxford: Oxford University Press, S. 56-74.

Hopf, Ted 1998: The Promise of Constructivism in International Relations Theory, in: International Security 23:1, S. 171-200.

Ikenberry, G. John/Charles A. Kupchan 1990: Socialization and Hegemonic Power, in: International Organization 44:3, S. 283-315.

Jaeger, Hans-Martin 2007: "Global Civil Society" and the Political. Depoliticization of Global Governance, in: International Political Sociology 1:1, S. 257-277.

Johnston, Alastair Iain 2001: Treating International Institutions as Social Environments, in: International Studies Quarterly 45:4, S. 487-515.

Johnston, Alastair 2003: Socialization in International Institutions: The ASEAN Way and International Relations Theory, in Ikenberry, G.John/Michael Mastanduno (Hg.): International Relations Theory and the Asia-Pacific. New York: Columbia University Press, S. 107-162.

Johnston, Alastair 2005: Conclusions and Extensions: Toward Mid-Range Theorizing and Beyond Europe, in: International Organization 59:4, S. 1013-1044.

Keohane, Robert 1984: After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy. Princeton: Princeton University Press.

Keohane, Robert O. 1989: International Institutions and State Power: Essays in International Relations Theory. Boulder, CO: Westview Press.

Keohane, Robert O./Lisa L. Martin 2003: Institutional Theory as a Research Program, in: Colin Elman/Miriam Fendius Elman (Hg.): Progress in International Relations Theory: Appraising the Field. Cambridge, Mass.: MIT Press, S. 71-108.

Kielmannsegg, Peter Graf 2003: Integration und Demokratie, in: Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch (Hg.): Europäische Integration. 2. Auflage. Opladen: Leske+Budrich, S. 49-83.

Kindleberger, Charles P. 1986: The World in Depression, 1929-1939, überarbeite und erweiterte Auflage. Berkeley: University of California Press.

Kindleberger, Charles 1988: Dominance and Leadership in the International Economy: Exploitation, Public Goods, and Free Riders, in Kindleberger, Charles P.): The International Economic Order: Essays on Financial Crisis and International Public Goods. New York: Harvester Wheatsheaf, S. 185-195.